

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Hermann Scheer MdB zum Plan einer deutsch-französi-  
schen Brigade: Mit dem  
Grundgesetz nicht vereinbar.  
Seite 1

Walter Momper MdA zum Ab-  
schluß der 750-Jahrfeiern in  
Berlin: Düstere Perspektiven  
für die Stadt.  
Seite 2

Dr. Wilhelm Bruns zum Still-  
stand bei der KSZE-Folgekon-  
ferenz in Wien: Der Westen  
hat kein Konzept.  
Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB  
zu den bundesweiten Aktio-  
nen für Umwelt und Bahn:  
Unterstützung für Eisenbah-  
ner.  
Seite 5

### Dokumentation:

Hamburgs Bürgermeister Dr.  
Klaus von Dohnanyi hat an-  
läßlich des Abschlusses des  
Pachtvertrages mit den Be-  
wohnern der Hafestraße am  
Donnerstag abend eine Erklä-  
rung abgegeben, die wir im  
Wortlaut dokumentieren.  
Seite 6

42. Jahrgang / 222

20. November 1987

### Ein grundgesetzwidriges Vorhaben

#### Zur geplanten deutsch-französi- schen Brigade

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle  
der SPD-Bundestagsfraktion

Die im Sommer von Bundeskanzler Kohl geborene und bei der jün-  
gsten deutsch-französi-chen Konsultation zusammen mit dem fran-  
zösi-chen Präsidenten konkretisierte Absicht einer deutsch-französi-  
schen Brigade ist grundgesetzwidrig - jedenfalls wenn sie so einge-  
richtet wird wie geplant. Im Bedürfnis nach Prestigeprojekten ha-  
ben die Verantwortlichen in der Bundesregierung einen elementaren  
Verfassungsgrundsatz übersehen.

Zum Vorgang: Das Kommando der deutsch-französi-chen Brigade  
soll abwechselnd von einem Deutschen und einem Franzosen aus-  
geübt werden. Genau das widerspricht aber dem Grundgesetz:  
Artikel 24 gestattet die Übertragung von Hoheitsrechten nur an  
zwischenstaatliche Organisationen wie die NATO, nicht aber an  
einen anderen Staat. Die Befehlsgewalt über eine Brigade ist die  
Ausübung eines solchen Hoheitsrechts. Das bedeutet: Es widersprü-  
che dem Grundgesetz, daß ein französischer Kommandeur die  
deutschen Soldaten in einer gemeinsamen Brigade befiehlt.

Diese Rechtslage ist keineswegs konstruiert, sondern sogar in jün-  
ger Zeit noch einmal bekräftigt worden: Im Urteil des Bundesver-  
fassungsgerichts vom 18. Dezember 1984, in dem es um die Statio-  
nierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesre-  
publik ging.

Es wird - nicht nur aus diesem Grunde - hohe Zeit, daß sich endlich  
der Bundestag mit den Plänen der deutsch-französi-chen Zusam-  
menarbeit in der Sicherheitspolitik näher befaßt - bevor die Bundes-  
regierung weitere übereilte und falsch angelegte Festlegungen trifft.

(-/20.11.1987/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
by the Social Democratic  
Press Service



## Katerstimmung nach dem Schlußakkord

## Berlin sieht schwierigen Zeiten entgegen

Von Walter Momper  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Berlin

Die 750-Jahr-Feier ist zu Ende, in Berlin kommt Katerstimmung auf. Am gleichen Tag, als der Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen eine vor Selbstlob strotzende Bilanz des Jubiläumsjahres zog, verkündete die Firma Standard Elektronik Lorenz, daß sie in Kürze 600 Arbeitsplätze abbauen will. Gestern gingen 2.000 von SEL auf die Straße. Viele der Betroffenen, die angelernte Arbeiter sind, blicken in eine äußerst düstere Zukunft. Der Fall SEL ist typisch in jeder Hinsicht.

Auf der einen Seite ein sorgloser, mit Selbstdarstellung und Feiern vollauf beschäftigter Senat. Wirtschaftsminister Pieroth machte „Versäumnisse in den 70er Jahren“ für die SEL-Katastrophe verantwortlich - und sich selbst damit quasi zum unbeteiligten Zuschauer. Wer aber wie Pieroth in der Vergangenheit jede Neuansiedlung mit nicht unerheblichen PR-Aufwand als seinen persönlichen Erfolg dargestellt hat, der muß sich nach nunmehr sechsjähriger Amtszeit vorhalten lassen, daß auch die Mißerfolge in seinen Amtsbereich gehören. Dabei ist SEL nur die Spitze des Eisberges. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe in Berlin, die Elektroindustrie allen voran, sind seit nunmehr einem Jahr Negativzahlen zu registrieren und es ist nicht der geringste Ansatz einer Gegenstrategie erkennbar.

Typisch an dem Fall ist auch die Geschäftspolitik von SEL, die sich weder positiv noch negativ von der anderer Großunternehmen unterscheidet. Die Fertigung mechanischer Schaltanlagen für das FernmeldeNetz läuft aus, die Produktion neuer digitaler Schaltanlagen wird in Westdeutschland, nicht in Berlin aufgenommen. Das ist das, woran Berlins Wirtschaft krankt: Massenfertigung in Berlin ja, neue Technologien und Forschung nein. Daß die Firmenleitung noch vor kurzem versprach, die Zahl der Beschäftigten bei 3.000 zu stabilisieren und nunmehr diese Zahl mit 2.200 um mehr als ein Viertel unterschreitet, ist skandalös, aber leider kein Einzelfall.

Berlins wirtschaftliche Perspektive ist im Moment düster. 89.000 Arbeitslose gibt es in der Stadt. Wenn viele befristete Arbeitsverträge im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier auslaufen und manche bauliche Stadtverschönerung beendet ist, dann wird aller Wahrscheinlichkeit nach in diesem Winter die Schallgrenze von 100.000 Arbeitslosen erreicht. Nicht gerechnet die völlig un-absehbaren Auswirkungen der Steuerreform. Berlin muß dafür mehr als andere Regionen bluten und soll eine Verkürzung der Berlin-Förderung von fast einer Milliarde DM jährlich hinnehmen. Ein solcher Beschluß konnte nur entstehen, weil in Bonn der strukturelle Standortnachteil der Stadt nicht mehr in seiner vollen Tragweite gesehen wird. Man behandelt Berlin fast wie eine „normale“ Stadt und erkennt, daß es eben seinen politisch-geographischen Grund hat, daß die modernen Technologien sowie Forschung und Entwicklung lieber woanders angesiedelt werden.

Die Berlin-Förderung war nie eine reine Regionalförderung, sondern hat immer diesen politischen Aspekt im Vordergrund gehabt. An der Veränderung der Sichtweise sind die Berliner, genauer gesagt der Senat, aber nicht schuldlos. Wer immer sagte: „Berlin tut gut“, wer die Probleme verdrängt, Jubel-Bilanzen zieht und beim Feiern allzusehr protzt, muß sich nicht wundern, wenn es dann heißt: „Schön, dann helft ihr euch ja selbst ganz gut.“ Berlin sieht schwierigen Zeiten entgegen.

(-/20.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



Stillstand bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien

Der Westen ist sich nicht einig, wie er auf die östlichen Vorschläge zur konventionellen Abrüstung antworten soll

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Leiter der Forschungs-Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die KSZE-Folgekonferenz in Wien tritt auf der Stelle. Die Grundlage des KSZE-Prozesses ist die Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975. Wer nach einem Rahmen für die politische, ökonomische und humanitäre, aber auch militärische Entspannung in Europa sucht, findet ihn in der Schlußakte, die von 35 Staaten unterschrieben wurde (von jedem europäischen Staat mit Ausnahme Albanien). Der Entspannungsprozeß, der nach einer Krise von Ende der 70er Jahre bis Anfang der 80er Jahre langsam wieder voranschritt - auch dank der Rolle der beiden deutschen Staaten - bedarf ständiger Impulse und auch ständiger Erfolge, erfahrbar für die Menschen in Europa. Im Rahmen der 3. Folgekonferenz der KSZE, gab es solche Impulse und Vorschläge und es schien auch so zu sein, daß diese Staatenkonferenz termingerecht mit substantiellen Ergebnissen abschließen würde. Zunächst konnte man jedoch das erste Schlußdatum von Ende Juli 1987 nicht einhalten. Aber auch das neue Schlußdatum, der 20. November 1987, also heute, ist nicht eingehalten worden.

Woran liegt es, daß die 3. KSZE-Folgekonferenz auf der Stelle tritt? Die Lektüre westlicher Zeitungen erweckt den Eindruck, als blockierte allein die UdSSR jeden Fortschritt, der Stillstand sei auf den Ost-West-Konflikt zurückzuführen. Dies ist irreführend. Tatsächlich muß man - wenn auch etwas verkürzt, von einem West-West-Konflikt sprechen, der dazu beiträgt, daß das KSZE-Schiff so vor sich hindümpelt.

Erst gestern wurde von einer großen westdeutschen Tageszeitung aus Wien gemeldet, die Warschauer Pakt-Staaten seien bisher nicht bereit, sachliche Zugeständnisse im Korb 3 der Schlußakte (also bei den Menschenrechten) zu machen. Nun kommt die irreführende Schlußfolgerung: Da aber die westlichen Teilnehmerstaaten wesentliche Verbesserungen für die menschlichen Kontaktmöglichkeiten als unbedingte Voraussetzung ansehen, um ihrerseits den östlichen Interessen beim Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und bei den Fragen der militärischen Sicherheit entgegenzukommen, scheinen die KSZE-Verhandlungen an einem toten Punkt angelagt zu sein. Da sind sie schon seit einiger Zeit! Die wichtigsten Themen der KSZE werden hier schon richtig genannt. Nur die tatsächlichen Zusammenhänge sind völlig anders als in der Zeitung dargestellt.

Die EG beziehungsweise die NATO, reden zwar häufig von der Notwendigkeit konventioneller Abrüstung, sind aber nicht in der Lage, sich innerhalb des Westens auf ein Mandat zu verständigen. Nicht nur das: Der Westen hat substantiell überhaupt kein Konzept, das heißt er hat bislang nicht einmal andeutungsweise gesagt, worüber er mit dem Warschauer Pakt verhandeln will. Dabei macht der Warschauer Pakt bei den Mandatsverhandlungen, die innerhalb der Gruppe der 23 ablaufen (zwischen den 16 NATO-Staaten und den sieben Warschauer Pakt-Staaten), erkennbar eine Konzession nach der anderen; nun ist man sogar bereit, zwar einen Zusammenhang zwischen konventionellen Waffen und den nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu sehen, aber die Verhandlungen über nukleare Gefechtsfeldwaffen zurückzustellen. Damit kam man einem französischen Einwand entgegen. Dies bedeutet: Der Warschauer Pakt hat Voraussetzungen geschaffen für die gemeinsame Formulierung eines Mandats für die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural. Der Westen aber, die 16 NATO-Staaten, sind sich jedoch noch nicht einig. Es gibt unterschiedliche Interessen und Ansätze innerhalb der westlichen Gemeinschaft. Hier liegen die wirklichen Gründe für das Nichtzustandekommen von Verhandlungen.



Die Bundesregierung sollte nun deutsche Interessen geltend machen und diese auch gegen die USA und Frankreich durchzusetzen versuchen. Denn der amerikanische Ansatz bei der KSZE konzentriert sich so gut wie ausschließlich auf den Korb 3 mit dem Versuch, die UdSSR „vorzuführen“. Die USA wollen nach Möglichkeit überhaupt nicht im KSZE-Rahmen über Abrüstung sprechen. Frankreich folgt den USA in diesem Punkt. Es scheint so, als wollte Paris weder von Block zu Block, noch überhaupt über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural verhandeln. So jedenfalls ist der Eindruck aus Gesprächen mit KSZE-Diplomaten.

Um auf den Zeitungsbericht zurückzukommen: Der Westen ist zur Zeit nicht in der Lage und wohl auch nicht willens, in der Frage der konventionellen Abrüstung dem Osten entgegenzukommen, damit der sich in Fragen der Menschenrechte (Korb 3) bewegt. Die beteiligten NATO-Staaten hätten sich schon längst auf ein Mandat verständigen müssen und auf eine Konzeption in der Sache. Dies ist ausgeblieben.

Man ist ja nicht einmal in der Lage, die seinerzeit in Halifax verabredete Studie über den konventionellen Kräftevergleich und praktische Wege zur Herstellung von Sicherheit in Europa abzuschließen. Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, die Klagen der NATO über die behauptete Invasionsfähigkeit der Warschauer Pakt-Staaten-Truppen als ernsthafte Sorge nachzuvollziehen. Die UdSSR ist bereit, Asymmetrien abzubauen und über Militärstrategien (-doktrinen) der beiden Bündnisse zu sprechen. Dies sollte getestet werden. — Und die NATO? Sie ist auf der Suche nach einem Konsens und einem Konzept innerhalb des Bündnisses! Dies schon seit einiger Zeit.

Die Bundesregierung ist hier gefordert. Wo bleibt ihr verhandlungsfähiges Konzept bei den konventionellen Waffen?

(-/20.11.1987/va-he/rs)

\* \* \*

**Unterstützung für Eisenbahner**

**Zu den bundesweiten Aktionen für Umwelt und Bahn**

**Von Klaus Daubertshäuser MdB**

**Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages**

Die bundesweiten Aktionen der Eisenbahner für Umwelt und Bahn verdienen unsere Unterstützung. Die Eisenbahn ist schnell und zuverlässig, verkehrssicher, umweltfreundlich und sparsam im Energieverbrauch. Diese Vorzüge der Bahn brauchen mehr öffentliche Aufmerksamkeit.

Die Schiene muß zukünftig wichtige Aufgaben im Güter- und Personenverkehr übernehmen. Hierzu gibt es keine Alternative.

Die Verkehrspolitik der Regierung Kohl hat ausschließlich auf das Verkehrssystem Straße gesetzt. Sie ist gescheitert. Unser Straßennetz ist vollständig überlastet. Vielfach droht der Verkehrsinfarkt. Jeder Bürger erlebt dies täglich.

Das Infarkt-risiko wird deutlich wachsen. Der PKW-Bestand wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Der Lkw-Verkehr wird ebenfalls deutlich zunehmen. Alle Verkehrsprognosen bestätigen dies. Gleichzeitig steht aber auch fest, daß das Straßennetz nicht wesentlich erweitert werden kann. Straßenbaumaßnahmen sind in der Bundesrepublik vielfach nicht mehrheitsfähig und kaum noch durchsetzbar. Die Bürger sind nicht bereit, die Einschränkungen ihrer Lebensqualität durch Lärm und Abgas des Straßenverkehrs weiter hinzunehmen.

Wir müssen die Schienenwege leistungsfähig ausbauen. Hierfür muß die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen:

- Der Staat übernimmt - wie bei den Straßen - die Kosten für den Bau und die Unterhaltung des Schienenwegenetzes.
- Die Bahnen zahlen eine Gebühr entsprechend dem Umfang der Schienennutzung - ähnlich wie der Straßenverkehr beispielsweise über die Mineralölsteuer.
- Der Staat trägt diejenigen Verluste der DB, die aufgrund der Aufgaben erwachsen, die der Staat im Interesse der Allgemeinheit der DB auferlegt hat.

Mit diesen Rahmenbedingungen hat die DB faire Chancen für ihren Wettbewerb mit dem Verkehrssystem Straße.

(-/20.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**

=====

**Klaus von Dohnanyi: In Ihrer Hand liegt jetzt eine große Verantwortung**

-----

Hamburgs Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi hat anlässlich des Abschlusses des Pachtvertrages mit den Bewohnern der Hamburger Hafestraße am Donnerstag abend eine Erklärung abgegeben, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Der Senat hat heute, Donnerstag, 19. November, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der umstrittenen Häuser in der Hafestraße einen Pachtvertrag abgeschlossen. Damit gibt es jetzt eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und Frieden in diesem Teil der Stadt. Ich bin zuversichtlich, daß auf diesem Weg endlich ein Konflikt gelöst werden kann, der Hamburg jahrelang vergiftet hat.

Aus diesem Anlaß wiederhole ich, was ich auch vor der Hamburger Bürgerschaft erklärt habe: Es hätte soweit nie kommen dürfen. Als Senat haben wir den entscheidenden Fehler gemacht, Bewohnern, die noch keine Besetzer waren, Mietverträge auf Zeit zu geben, uns zugleich aber auf den Abriß der Häuser festzuliegen. So wurde der Kampf um den Erhalt der Häuser zum Symbol. Und so wurde aus einem offenen, alternativen Wohnmodell schrittweise eine Festung.

Für alle diese schmerzlichen Folgen dieser Fehlentwicklung möchte ich mich an diesem Tag entschuldigen, insbesondere gegenüber den unmittelbar Betroffenen, also den Nachbarn und auch der Polizei.

Jetzt gibt es eine neue Chance. Sie wird schwierig bleiben. Nicht alles, was bisher der Hafestraße zugeschrieben wurde, kam aus der Hafestraße. Aber vieles davon, Frieden und Vertrag sind noch nicht dasselbe. Jetzt ist auch der Senat erneut gefordert. Zügige Instandsetzung, Sozialarbeit und konsequente Rechtsstaatlichkeit sind nun notwendig. Aber auch Toleranz und Verständnis für die Schwächeren in unserer Gesellschaft.

An alle, die anders leben wollen und insbesondere an die Bewohnerinnen und Bewohner der Hafestraßen-Häuser möchte ich nachdrücklich appellieren: Erkennen Sie in der Chance des Pachtvertrages, daß wir alle vom Rechtsstaat abhängig sind. Recht und Gesetz müssen, um zu bestehen, beachtet und durchgesetzt werden. Das gilt nun auch wieder an der Hafestraße. Ob aber Staatsgewalt dazu notwendig ist, das entscheidet immer der oder die einzelne. Auch in Ihrer Hand liegt jetzt eine große Verantwortung.

(-/20.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

